

Gerade noch mal die Kurve bekommen

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

Derzeit bietet jede Sitzungswoche des Bundestags einen Showdown für die Ampel. Am Dienstag war es nicht anders: Nachdem am Vormittag bekannt geworden war, dass die Koalition das Heizungsgesetz wieder nicht in den Bundestag einbringen könne, kam es zur Krisensitzung ersten Ranges. Am Nachmittag berieten Kanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) mit den Fraktionspitzen. Schließlich gab es weißen Rauch: Das Gesetz soll doch noch in dieser Woche eingebracht werden. Der Kanzler hatte eingegriffen und zumindest ein völlig Desaster verhindert. Das Gesetz ist auf dem Weg.

Doch wie lange geht das noch gut? Politisch war das Manöver ein Armsutzeugnis. Habeck hatte in den vergangenen Tagen große Zugeständnisse gemacht, Ausnahmen und Übergangsfristen eingebaut, massiv für das Gesetz und die Handlungsfähigkeit der Regierung geworben. Auch Scholz zeigte sich stets zuversichtlich, dass das Gesetz vor der Sommerpause kommt. Was übersetzt hieß, dass er sein politisches Gewicht dafür einsetzte. Und trotzdem stellte sich FDP-Fraktionschef Christian Dürr am Dienstagmittag vor die Presse und sagte, für die Einbringung in den Bundestag müsse sich das Gesetz noch „fundamental ändern“. Dabei kann man auch im parlamentarischen Verfahren, also nach einer ersten Lesung, weiterverhandeln. Das ist der Sinn eines parlamentarischen Verfahrens.

Nun hat man gerade noch mal so die Kurve bekommen. Dazu war das ganze Gewicht der Regierung notwendig, dabei ist die Transformation hin zu einer klimabewussten Republik Grundkonsens dieses Regierungsbündnisses. Die führenden Politiker der Ampel werden nicht müde, die hohen Umfragewerte der AfD auch auf den Streit in der Regierung zurückzuführen. Daraus sollte man eigentlich Lehren ziehen.

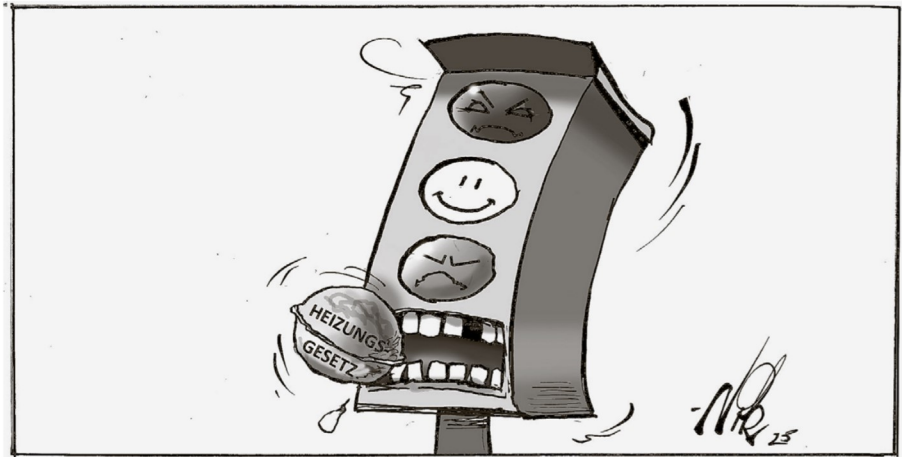
Ein Meilenstein der Bewältigung

VON MARTIN KESSLER

Das ist ein schwerer Schlag für das Erzbistum Köln. Die reichste Diözese der Welt muss einem 62-jährigen früheren Messdiener ein Schmerzensgeld von 300.000 Euro zahlen. In anderen anliegenden Fällen dürften jetzt ähnliche Summen anstehen – und das in einer Zeit, in der die Mitglieder in Scharen die katholische Kirche verlassen. Das Urteil ist gerechtfertigt. Der Mann war in seiner Jugend mehr als 300 Mal von einem Priester missbraucht worden; das seelische und körperliche Leid begleitete ihn sein ganzes Leben. Der finanzielle Ausgleich kann trotz der Höhe diesen Schmerz nicht kompensieren. Der frühere Ministrant dürfte die Summe aber als eine späte, viel zu späte Genugtuung empfinden, die sein Leiden anerkennt.

Auf die Kirche in Köln kommen schwere Zeiten zu. Sie ist weit davon entfernt, ihre Glaubwürdigkeit nach all den Skandalen zurückzugewinnen. Die bisherigen Summen von 25.000 Euro pro Fall, die sie den Opfern gewährt hat, sind nur kleine Trostpflaster, die keinen bleibenden Wert haben. Trotzdem kommt es die Kirche jetzt schon teuer zu stehen, weil es so viele sind, die in diesem System des Wegschauens, Vertuschens und der Unverantwortlichkeit in ihrer verletzlichsten Zeit – nämlich als Schutzbefohlene der Kirche – so übel missbraucht wurden.

Das Gerichtsurteil dürfte nun auch den Letzten in der Kirche klarmachen, wie groß das Ausmaß des Unrechts ist. Verzeihung und Glaubwürdigkeit können die Vertreter der Amtskirche nur erlangen, wenn sie diesen Prozess der Reinigung und Läuterung ganz im christlichen Sinne ernst nehmen. Sie müssen endlich ein wirksames Präventionssystem auf allen Ebenen anlegen, ein entkrampftes Verhältnis zu anderen Formen der Partnerschaft und Ehe finden und sich auf die christlichen Werte zurückbesinnen: Barmherzigkeit, Schuldbewusstsein und echte Reue.



HARTE NUSS

RP-KARIKATUR: NIK BEHT

ANALYSE Wie nur soll man den Krieg gegen die Ukraine beenden? Bundeskanzler Olaf Scholz hat jüngst auf den Westfälischen Frieden als Vorbild verwiesen. Bis zu einer solchen Lösung wäre es allerdings noch ein weiter Weg.

Der Geist von 1648

VON GREGOR MAYNTZ

China startet eine „Friedensinitiative“, die Ukraine möchte möglichst viele Länder für eine „Friedensinitiative“ gewinnen, auch sechs afrikanische Staatenlenker wollen als Vermittler den Krieg Russlands gegen die Ukraine beenden. Und in Deutschland reißen die Forderungen nicht ab, den Krieg in Europa durch eine europäische Friedenslösung in den Griff zu bekommen. Da lässt es aufhorchen, wenn der Bundeskanzler wiederholt einen Begriff in die Debatte wirft: Westfälischer Frieden. Ein Hinweis auf Konturen einer Lösung?

Die in fünfjährigen Verhandlungen erungenen Verständigungen führten zum Ende des Dreißigjährigen Krieges, der bis 1648 weite Gebiete Europas zerstört und unvorstellbares Leid gebracht hatte. Als sich jüngst in Moldau die Staats- und Regierungschefs der noch jungen Europäischen Politischen Gemeinschaft von fast 50 Staaten versammelten, fühlte sich Olaf Scholz an das Ergebnis der Friedensverhandlungen von Münster und Osnabrück vor 375 Jahren erinnert. Die Zukunft stehe „natürlich in großen Traditionen“, sagte der Kanzler und wurde dann konkret: „Vielleicht auch in solch einer, die mit der Friedensordnung verbunden ist, die der Westfälischen Frieden einmal hergestellt hat, die Vorstellung nämlich, dass es Souveränität und territoriale Integrität sind, die man beachten soll, und dass der Frieden der Staaten untereinander eine große Bedeutung für uns in Europa hat.“

In diesen Dimensionen kennt sich auch der einflussreiche Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europaparlaments aus, David McAllister. „Der Westfälische Frieden hat es geschafft, die Krisenherde im Heiligen Römi-

schen Reich Deutscher Nation und in ganz Europa weitestgehend zu entflechten“, fasst der CDU-Experte für Internationales und ehemalige niedersächsische Ministerpräsident zusammen. Die Verhandlungen hätten allerdings „erst Früchte getragen, als alle Seiten einen uneingeschränkten Willen zum Frieden bewiesen“ hätten und bereit gewesen seien, Kompromisse zu schließen. Das wiederum habe Vertrauen in die Versprechen des jeweiligen Verhandlungspartners vorausgesetzt.

Dem stellt McAllister einen ermutigenden Befund entgegen: „Stand heute hat der Kreml noch nicht mal im Ansatz glaubhafte Signale gesendet, dass Interesse an Dialog oder Diplomatie mit der Ukraine, der Europäischen Union oder dem po-

litischen Westen besteht.“ Es gebe keine Vertrauensbasis, auf der aufzubauen sei. Die bewusste Sprengung des Kachowka-Staudamms sei vielmehr Beleg dafür, „dass eine Sicherheitsvereinbarung mit dem Kreml zum jetzigen Zeitpunkt eine schuldhaft Illusion wäre“.

Wie stellen sich die beiden Länder selbst auf? Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bezieht sich in allen Reaktionen auf seinen Zehn-Punkte-Plan, den er bereits im vergangenen November der internationalen Gemeinschaft als Basis für Friedensgespräche präsentierte. Darin geht es um humanitäre, atomare und ökologische Sicherheiten, um den Austausch aller Kriegsgefangenen, um die Wiederherstellung und verbindliche Anerkennung der ukrainischen Souveränität innerhalb ihrer Grenzen und vor allem: um einen russischen Rückzug aus allen ukrainischen Gebieten. Auch Scholz forderte in nahezu allen Reden als Voraussetzung für Gespräche einen nicht näher konkretisierten Abzug russischer Truppen.

Der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew plädiert für das ge-

INFO

30 Jahre Krieg mitten in Europa

Der Krieg Die Serie von militärischen Auseinandersetzungen, die heute als Dreißigjähriger Krieg (1618–1648) bekannt ist, begann als regionaler Konfessionskrieg und Konflikt der Stände in Böhmen und in der Pfalz, weitete sich aber schnell aus. Bis 1629 erzielte die kaiserliche (katholische) Partei große Erfolge. 1630 griff die protestantische Großmacht Schweden in den Krieg ein, um die evangelische Sache zu retten. 1635 kam Frankreich hinzu. Der Krieg wurde endgültig zu einem Konflikt der Großmächte mitten in Europa – vor allem das Gebiet des Heiligen Römischen Reichs wurde verwüstet, mancherorts ging die Bevölkerung um zwei Drittel zurück.

Der Frieden Verhandlungen, den Krieg zu beenden, begannen bereits im Jahr 1643 – für die katholische Seite in Münster, für die evangelische in Osnabrück. Erst 1648 aber kam dann wirklich ein Friedensschluss zustande. Die drei Konfessionen der Katholiken, Lutheraner und Reformierten wurden als gleichberechtigt anerkannt, Einzelstaaten wurden gegenüber dem Reich gestärkt. Die Ordnung des Westfälischen Friedens hielt im Wesentlichen bis zu den Napoleonischen Kriegen Ende des 18. Jahrhunderts. (fvo)



Gerard ter Borch: Friede von Münster, Ausschnitt. FOTO: WIKIMEDIA COMMONS

naue Gegenteil: Danach sollten die östlichen Teile der Ukraine Russland, die westlichen Teile mehreren Staaten der Europäischen Union zugeschlagen werden, die Mitte des Landes dann der Russischen Föderation beitreten, die Ukraine also genauso zerschlagen werden, wie es Präsident Wladimir Putin in seinen verschiedenen Grundsatzzugängen und Kriegsbegründungsreden wiederholt als seine Ziele ausgab. Mit der Einschränkung, eine solche Lösung könne für Russland „temporär“ annehmbar sein, macht er zugleich klar, dass nicht einmal diese Variante als Dauerlösung für Moskau in Betracht kommt.

Als Ergebnis seiner jüngsten Friedensmission in Kiew, Moskau und mehreren europäischen Staaten kam Chinas Sonderbeauftragter Li Hui zu der Erkenntnis, dass es „kein Allheilmittel zur Lösung der Krise“ gebe. Nachdrücklich widersprach er Berichten, er habe westliche Vertreter aufgefordert, auf die Ukraine einzuwirken, um eine Anerkennung der bislang von Russland eroberten Gebiete als russisches Territorium zu erreichen. Auch McAllister macht klar, was diese von Putin als Zwischenziel deklarierte „Lösung“ bedeuten würde. „Das wäre letztlich eine Kapitulation und keine Verhandlung.“

Und es gibt einen weiteren Aspekt. Historiker sind sich einig, dass die Verhandlungen seinerzeit nur deshalb beginnen und zu einem Erfolg geführt werden konnten, weil alle Kriegsparteien von der ständigen Gewalt total erschöpft waren, kaum noch Ressourcen hatten und deshalb keinerlei Erwartungen mehr bestanden, auf dem Schlachtfeld noch Ziele erreichen zu können. Als Ergebnis entstand im Westfälischen Frieden die Anerkennung der gleichen Rechte staatlicher Akteure unabhängig von ihrer Größe mit der gegenseitigen Versicherung, Grenzen nicht gewaltsam verändern zu wollen. Sie wurden zu Kerndankenden des späteren Völkerrechts. Es scheint noch ein weiter Weg bis zu einer Art Westfälischem Frieden für die Ukraine zu sein.

WISSENSDRANG

Ist das moralische Dauerfeuer gegen Rammstein nicht selbst moralisch fragwürdig? Seit die Besucherin eines Rammstein-Konzerts via Twitter verbreitete, sie sei mit Gedächtnislücken (K.o.-Tropfen?) und blauen Flecken aufgewacht, nachdem der Sänger mit ihr Sex haben wollte, sieht sich die Band in der Presse und den sozialen Medien geballter moralischer Empörung ausgesetzt: Täglich melden sich weitere Menschen mit einem ganz, ganz bösen Verdacht zu Wort. Und sind die Gewaltfantasien der vielen lyrischen Ichs des Sängers nicht Beweis genug für seine Neigungen – und Taten? Deutsche Politiker überbieten sich mit Vorschlägen für Schutzmaßnahmen für Frauen. In der Schweiz will man die Konzerte ganz verbieten. Aber ist überhaupt et-

Ein ganz, ganz böser Verdacht

Die Empörung über Rammstein ist riesig – und mit viel Moral getränkt.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

was Strafbares passiert? Die Initiatorin der Empörung ruderte nach der polizeilichen Vernehmung zurück: Lindemann habe sie nicht berührt. Allerdings werden junge Frauen wohl gezielt in den Backstage-Bereich gelockt, wo sie mit viel Alkohol zum Sex mit den Stars animiert werden. Das ist allerdings moralisch grenzwertig, aber nicht verboten und in der Rockszene auch nichts Neues. Als Fan der ersten Alben der Band finde ich die intensive Verdachtsberichterstattung vieler Medien angesichts mangelnder Anzeigen und fehlender Beweise aber ebenfalls moralisch grenzwertig. Prominente werden nicht selten Opfer von erpresserischen Intrigen, privaten Rachefeldzügen und der Einbildungskraft von Menschen, die im Rampenlicht ste-

hen wollen. Ihr Ruf ist dann für immer ruiniert, sogar wenn sich die Vorwürfe vor Gericht als Intrige erweisen wie im Fall von Jörg Kachelmann. Die große moralische Aufregung erfüllt in diesem Fall aber auch einen guten Zweck: als Warnung an unerfahrene Frauen, die hinter der Bühne in etwas hineingezogen werden könnten, was sie eigentlich nicht wollen und woran sie sich später nur mit Wiedervollkommen erinnern – oder mit blauen Flecken. Der Staat hat jedoch nicht das Recht, sich als Vormund erwachsener Frauen aufzuspielen und Konzerte oder Parties zu verbieten.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Pharmazeutin Nicole Teusch ab.